

Israeli Militär verhaftet 6 Siedler nach Angriff auf Truppen in Westjordanland

Die israelische Armee hat sechs Siedler nach einem Angriff auf Sicherheitskräfte im besetzten Westjordanland festgenommen. Die Vorfälle werfen ein Schlaglicht auf die zunehmende Gewalt in der Region.



Die israelische Militärführung hat in der **besetzten Westbank** über Nacht sechs Siedler festgenommen, nachdem die Israelischen Streitkräfte (IDF) berichteten, die Verdächtigen hätten Sicherheitskräfte angegriffen.

Vorfall in der Nähe von Kafr Malik

Die IDF gab an, dass sie israelische Zivilisten beobachteten, die sich in der Nähe des palästinensischen Dorfes Kafr Malik auf einen geschlossenen Militärbereich zubewegten, wo einige Tage zuvor Siedler Häuser und Fahrzeuge in Brand gesetzt hatten.

Palästinensische Offizielle berichteten von drei Todesopfern bei diesem Angriff.

Angriffe auf Sicherheitskräfte

Als die israelischen Kräfte sich der Gruppe näherten, wurden die Soldaten körperlich angegriffen und verbal beleidigt. Darüber hinaus hätten die Verdächtigen die Fahrzeuge der Sicherheitskräfte beschädigt und versucht, sie zu rammen. Die IDF teilte mit, dass die sechs Verdächtigen in Gewahrsam genommen und der Polizei übergeben wurden.

Kritik an den Angriffen

„Die IDF und die israelische Polizei verurteilen jegliche Gewalt gegen Sicherheitskräfte und werden entschieden gegen jeden Versuch vorgehen, Sicherheitspersonal zu schädigen, das zum Schutz der israelischen Bürger im Einsatz ist“, hieß es in einer Erklärung der IDF.

Stimmen aus der Politik

Israels Politikern auf die Angriffe der Siedler reagierten mit Empörung. Der Oppositionsführer Yair Lapid äußerte sich in einer Mitteilung in sozialen Medien: „Die Extremisten, die IDF-Soldaten angreifen, die während dieser schwierigen Tage die Sicherheit des Staates Israel schützen, sind gefährliche Kriminelle, die unseren Feinden helfen.“

Forderung nach Konsequenzen

Yair Golan, der Vorsitzende der linken Demokratischen Partei, bezeichnete frühere Siedlerangriffe in der Region als „gewalttätigen jüdischen Pogrom“. Er betonte, dass die Gewalt der „Kahanisten, Nationalisten und fantastischen Israelis“ absichtlich darauf abziele, das jüdische und demokratische Israel zu untergraben. Golan verwies auf Meir Kahane, einen

extremistischen Rabbi, dessen politische Partei in Israel unter Antiterrorgesetzen vollständig verboten wurde.

„Das ist kein randständiges Ereignis. Dies ist eine gefährliche Strömung, die tief verwurzelt ist – selbst am Regierungstisch“, sagte Golan und bezog sich damit auf die speziellen Minister der extremen Rechten, die die Koalitionsregierung stützen, einschließlich Itamar Ben-Gvir und Bezalel Smotrich, die beide diesen Monat von Großbritannien, Kanada und anderen westlichen Verbündeten **sanktioniert wurden**.

Appell an die Strafverfolgung

In einer Erklärung rief Verteidigungsminister Israel Katz die Strafverfolgungsbehörden auf, sofort zu handeln, um alle gewalttätigen Täter zu ermitteln und vor Gericht zu bringen „wie überall sonst“. Am Freitag erklärte Nabil Abu Rudeineh, Sprecher der palästinensischen Präsidentschaft, dass die Angriffe der Siedler Teil eines Plans der extremistisch-rechten israelischen Regierung seien, um die Westbank in eine größere Konfrontation zu ziehen. Abu Rudeineh machte Israel voll und ganz für „die Folgen dieser blutigen Aggression“ verantwortlich.

Militäroperationen und Zwangsumsiedlungen

Israel hat seine militärischen Operationen in der Westbank zusammen mit den Offensiven in Gaza und Angriffen auf den Iran und dessen Stellvertreter ausgeweitet, wodurch Tausende von Palästinensern vertrieben und ganze Gemeinschaften zerstört wurden, während Israel gezielt vermeintliche militante Gruppen im Gebiet angreift.

Neues Siedlungsprogramm

Anfang der Woche teilten palästinensische Gesundheitsbehörden mit, dass israelische Streitkräfte **einen**

palästinensischen Teenager erschossen haben. Die IDF erklärte, dass „Terroristen explosive Geräte auf die IDF-Truppen geworfen“ hätten.

Ende Mai genehmigte Israel eine massive Expansion der Siedlungen in der besetzten Westbank, was als de-facto-Annektion großer Gebiete betrachtet wird. Die Organisation „Frieden Jetzt“, die israelische Siedlungen verfolgt, erklärte, es sei die größte Erweiterung der Siedlungen seit der Unterzeichnung der Oslo-Abkommen vor mehr als 30 Jahren. Israel plant die Gründung von 22 neuen Siedlungen, einschließlich in Tiefen der Westbank und in Gebieten, aus denen das Land sich zuvor zurückgezogen hatte. Die israelischen Siedlungen in der **besetzten Westbank**, sowie in Ostjerusalem und den **besetzten Golanhöhen**, gelten nach internationalem Recht als illegal.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at